



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/5

6. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

IG Metall zum Streikbeschluss	S.1
Frankreich und der Osten -Bericht aus Paris-	S.3
Überprüfung von Kriegsverbrecher-Urteilen	S.4
SPD-Vorstand stellt richtig	S.7

Zum Streikbeschluss

Der Hauptvorstand der IG Metall stellt uns die nachfolgende Stellungnahme zu den Polemiken der letzten Tage zur Verfügung:

Gegen den Streikbeschluss wird in Rundfunk und Presse, von Politikern und Juristen, Arbeitgebern und Privatleuten "polemisiert", Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie malt schon jetzt eine Hungersnot, begründet mit Exportverlusten und Devisenausfall, an die Wand. Führer kleinster Parteigruppen sehen plötzlich die Demokratie gefährdet und sind der Meinung, dass die Regelung des Mitbestimmungsrechts ausschliesslich Angelegenheit des Bundestages ist. Das ist ein politischer Irrtum. Die Gewerkschaften haben seit jeher das Recht der Mitwirkung an der Regelung aller Fragen, nicht nur die Lohnfestsetzung, sondern auch die Arbeitsbedingungen betreffend, gehabt.

Die Arbeit der Gewerkschaften seit 1945 hat dem ganzen deutschen Volke sehr grossen und bedeutenden Nutzen gebracht. Diese Tatsache wird im Ausland besser erkannt als in Deutschland selbst. Dass der heutige Stand der Wirtschaft in Deutschland erreicht ist, liegt wesentlich in der Arbeit der Gewerkschaften, dem Aufbauwillen und der Arbeitsleistung ihrer Mitglieder begründet. Als die Arbeitgeber sich nach dem Zusammenbruch noch nicht wieder hervorwagten, haben die Gewerkschaften alle Möglichkeiten genutzt, bei den Besatzungsmächten gegen die Zerstörung von Betrieben und Betriebs-

teilen wirksam einzutreten. Die ersten Deutschen, die ins Ausland durften, waren Vertreter der Gewerkschaften und sie haben viele Missverständnisse, die über das deutsche Volk im Ausland herrschten, nachweisbar beseitigen können. Diese Tatsache haben besonders Kaufleute und Industrielle zu spüren bekommen, als sie ihre ersten Auslandsreisen machen konnten. Damals ist das Wort des gleichberechtigten Mitbestimmungsrechtes nicht nur von Gewerkschaftsvertretern gebraucht worden, sondern mehr als einmal auch von namhaften Arbeitgebervertretern. Nun, da der Streik beschlossen worden ist und am 1. Februar 1951 wirksam werden soll, da man in hinhaltender Taktik versucht, das Mitbestimmungsrecht zu verhindern, jammern diejenigen, die die Zuspitzung der Lage vermeiden könnten, wenn sie nicht heute in verletzender Form die Gewerkschaften als betriebsfremde Elemente bezeichnen würden.

Der Kampf in den Betrieben der eisen- und stahlerzeugenden Industrie dreht sich um nichts anderes, als um die Erhaltung des dort vorhandenen Mitbestimmungsrechtes und wird deshalb mit aller Schärfe geführt, weil auch der Weg frei werden muss für das Mitbestimmungsrecht in der gesamten Wirtschaft der Bundesrepublik. Er wird in den Betrieben geführt, weil die Regelung des Mitbestimmungsrechtes in erster Linie Angelegenheit der Sozialpartner ist und dann erst Sache des Bundestages.

Den beteiligten Arbeitern und Angestellten leuchtet es nicht ein, warum die Forderung nach paritätischer Partnerschaft auf ein Machtstreben der Gewerkschaften herauslaufen soll, sie sind im Gegenteil der Auffassung, dass es nur darum geht, die vorhandene Vormachtstellung der Arbeitgeber aufzuheben. Viele Kritiker gehen deswegen mit ihrer Kritik an den Tatsachen vorbei, weil sie niemals als Arbeiter und Angestellte in einen Industriebetrieb gearbeitet haben und daher die Einstellung der Belegschaften nicht kennen.

Der "Industriekurier" kann es sich nicht vorstellen; dass Unternehmerverbände, Hausbesitzervereine usw. erklären würden, dass sie mit einer parlamentarischen Regelung nicht einverstanden sind. Dies ist garnicht so unvorstellbar, denn gerade diese Organisationen haben mit dem Mittel des Steuerstreiks, der Produktionsbeschränkung, der Warengurückhaltung usw. oft genug gegen die Absichten von Parlament und Regierung erfolgreich opponiert. Arbeiter und Angestellte müssen sich allerdings anderer, ehrlicherer Kampfesmassnahmen bedienen und können bei ihrer Anwendung nicht Rücksicht darauf nehmen, ob diese Massnahmen populär sind oder nicht.

Frankreich und der Osten

A.P. Paris, Anfang Januar

Paris macht sich zwar über die Möglichkeiten einer dauernden Verständigung mit dem Osten kaum mehr Illusionen als London oder Washington, das hindert die politischen Kreise und die zuständigen Ministerien jedoch nicht daran, jede östliche Initiative zur Entspannung der internationalen Lage mit beachtlichem Optimismus aufzunehmen. Sowohl dem russischen Vorschlag einer Viererkonferenz, als auch dem Brief Grotewohls an Adenauer wurde daher ehrliches Interesse entgegengebracht.

Hierbei ist nicht zuletzt aus rein sentimentalischen Gründen der Wunsch der Vater des Gedankens. Das französische Außenministerium sieht in den Versuchen zur Schaffung eines einigermaßen erträglichen modus vivendi zwischen Ost und West die einzige Möglichkeit, einen neuen Weltkonflikt zu vermeiden. Man will daher keine Gelegenheit ungenutzt lassen, selbst wenn von Anfang an bei logischer Überlegung die Erfolgsaussichten denkbar gering erscheinen.

Dabei spielen auch innerpolitische Erwägungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bei den letzten Wahlen stimmten rund 30 v.H. der Franzosen für die Kommunisten. Im günstigsten Falle werden es 1951 bei der Erneuerung des Parlaments noch 25 v.H. sein. Es handelt sich also um einen wichtigen Teil der Bevölkerung, dessen Reaktionen - so argumentiert man - zwangsläufig berücksichtigt werden müssten. Die Regierung könne es sich nicht leisten, den Kommunisten restlos die Friedens- und Verständigungspaganda zu überlassen.

Es wäre jedoch irrig anzunehmen, Frankreich denke noch wie zur Zeit General de Gaulles an eine unabhängige Vermittlerrolle zwischen Ost und West und versuche dennoch durch Flirts mit Moskau von Washington das eine oder andere Zugeständnis abzurufen. Davon kann in keiner Weise die Rede sein. Die Bindung Frankreichs an den Westen ist ebenso endgültig wie vorbehaltlos. Bezeichnenderweise ist Frankreich schon lange dasjenige Land, das mit dem Ostblock und nicht zuletzt mit der Sowjetunion die geringsten wirtschaftlichen Beziehungen hat. Wäre ihm tatsächlich an einer Zusammenarbeit mit dem Osten gelegen, hätte es sicherlich in erster Reihe die wirtschaftlichen Beziehungen gepflegt, was ihm kaum allzu schwer

gefallen wäre. Wenn Paris die Verhandlungsvorschläge des Ostens günstig aufnimmt und stärker als Washington an die theoretische Möglichkeit einer Entspannung glaubt, geht es dabei immer von seiner Stellung als wichtiger Mitgliedsstaat des Atlantikpakt aus. Entscheidende Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Washington sind so gut wie ausgeschlossen.

Die Sorge um Indochina beeinflusst ebenfalls die französische Aussenpolitik. In Paris fehlt die Vorstellung, wie dieser kostspielige Krieg im Fernen Osten beendet zu werden vermag. Während auf der einen Seite ein Rückzug aus Indochina aus weltpolitischen Gründen schwer denkbar ist, fehlen auf der anderen Seite Frankreich die militärischen Mittel, um der von China unterstützten Rebellion Ho-Chi-Minhs Herr zu werden. Es ist infolgedessen naheliegend, eine Verständigung zwischen Ost und West zu erhoffen, um auf diese Weise das indochinesische Wespennest zu beseitigen. Aber auch das scheint eine etwas sentimentale Hoffnung zu sein.

Der endgültige Bruch zwischen Ost und West würde nach französischer Ansicht schliesslich zu einer sehr starken Verlagerung des politischen Schwergewichtes im Westen zu Gunsten Deutschlands führen. Immer mehr sieht man deshalb in der politischen und militärischen Neutralisierung eines geeinten Deutschlands die ideale Lösung des deutschen Problems, ohne dass man sich der ungeheuren praktischen Schwierigkeiten bewusst ist, die diesen Ausweg versperren.

Überprüfung der Urteile gegen Kriegsverbrecher

F.S. London, Anf. Januar

Die kürzlich offiziell angekündigte Überprüfung aller Urteile gegen Kriegsverbrecher, die von englischen Militärgerichten ausgesprochen wurden, durch den Hohen Kommissar der britischen Zone, soll möglichst bald beginnen und etwa vier bis sechs Wochen in Anspruch nehmen. Sie wird von einer oder mehreren Kommissionen durchgeführt, die aus Juristen besteht. Die letzte Entscheidung soll vom Hohen Kommissar abhängen.

Bei der Umwandlung der Urteile wird es sich nicht um generelle Amnestie handeln. Maßgeblich wird - soweit man hier feststellen

konnte - die Frage sein, in wie weit die Urteile mit den 'heutigen Verhältnissen', gemeint sind wahrscheinlich die politischen Umstände, in Einklang zu bringen sind; maßgeblich wird auch die Bewertung der Führung sein, die der Verurteilte während der Zeit seiner Inhaftierung zur Schau trug.

Die Zahl der Fälle, die der Überprüfung unterliegen, konnte man hier nicht in Erfahrung bringen, wie man überhaupt den Eindruck hat, dass den englischen Instanzen in Deutschland die Initiative überlassen ist. Da nur ein Zeitraum von verhältnismässig kurzer Zeit für die Durcharbeitung des Materials zur Verfügung steht, werden - obwohl sich die Kommission aus Juristen zusammensetzt - die Urteile nicht primär vom rechtlichen Standpunkt aus begutachtet werden. Deutsche Vertreter sollen nicht gehört werden, soweit sie nicht zufällig Gefängnisdirektoren sind oder zum Aufsichtspersonal gehören, die über die persönliche Haltung des Verurteilten berichten. Auch die Frage, wer die Fälle für die Überprüfung vorschlägt, ist nicht geklärt.

Die Tatsache, dass bei der Untersuchung politische Erwägungen eine Rolle spielen, dass deutsche Vertreter oder Organisationen nicht gehört werden, dass der Verurteilte selbst nicht vorgeladen wird, dass im Ober- und im Unterhaus in diesem Zusammenhang nur von hohen Offizieren, Verwaltungsbeamten, führenden Politikern und Wirtschaftsvertretern des Nazi-Regimes gesprochen wurde, darf nicht dazu führen, dass der vielleicht als einfacher Soldat inhaftierte "Kriegsverbrecher" unberücksichtigt bleibt. Derartige Fälle sind auch in London bekannt und an Parlamentarier herangetragen worden. Es wird besonders notwendig sein, darauf zu achten, welche Urteile unberücksichtigt bleiben.

200.000 Kriegsversehrte tragen Prothesen. (sp) Nach den letzten Feststellungen des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen ergeben sich im Gebiet der westdeutschen Bundesrepublik nachstehende Zahlen für kriegsbeschädigte Prothesenträger: 151.729 einseitig Beinamputierte, 6.261 doppelt, 47.568 einseitig Armamputierte, 832 Ohrlähmer, 84 Blinde ohne Hände, 819 doppelt Amputierte (ein Arm und ein Bein), 83 dreifach Amputierte, 9 vierfach Amputierte.

Hiernach tragen insgesamt rund 200.000 Menschen künstliche Gliedmassen.

NACHRICHTEN AUS DER SOWJETZONENichtkommunisten erhalten keine Arbeit

Alle aus der SED ausgeschlossenen Personen werden auf den Arbeitsämtern der Sowjetzone karteimässig besonders gekennzeichnet. Bei der Zuteilung von Arbeit sollen sie auf diese Weise benachteiligt werden.

Die Qualitätsaktivisten

Die Stahlbaukonstruktion der wiederaufgebauten Westhalle des Leipziger Hauptbahnhofs brach zusammen. Der Grund liegt in den groben Materialfehlern der vom Stahlwerk Gröditz gelieferten Eisenträger. Die Eisenträger wurden durch "Qualitätsaktivisten" hergestellt.

Weitere Rüstungsmaßnahmen in der Sowjetzone

Der volkseigene Betrieb Daimon in Arnshausen in Thüringen erhielt zur Herstellung von Gewehrreinigern für den Karabiner 98 k eine grössere Menge Feinblech in der Stärke von 0,5 mm. Eine Fahrradteillfabrik in Zella-Mehlis stellt Einzelteile für den Karabiner 98 k her. Das D e k a - Reifenwerk in Fürstentum-Süd bereift Pakgeschütze. Das Werk Kirchmöser stellt Spindeln für Geschütz-Richtsätze her.

Verschiebungen sowjetischer Besatzungstruppen

Im Dezember wurden in Meiningen in der Nähe der Zonengrenze Häuserblocks für die sowjetische Besatzungsmacht geräumt. Aus Weimar wird bekannt, dass dort sowjetische Behörden aufgelöst wurden und zwei dadurch freiwerdende Schulen ihrem eigentlichen Zweck nach Beendigung der notwendigen umfangreichen Reparaturen durchgeführt werden können. In Thüringen spricht man in diesem Zusammenhang von einer Auflösung sowjetischer Verwaltungsstellen, aber von einer Verstärkung der Besatzungstruppen entlang der Zonengrenze.

Westdeutschland hilft sowjetischer Rüstung

Der SAG-Betrieb "Rote 2" in Arnstadt hat den Direktor Gerhard Katzer nach Westdeutschland geschickt, um hier durch die Beschaffung von Rohstoffen und Werkteilen eine Schliessung des Werkes infolge Rohstoffmangel zu verhindern. Nach seiner Rückkehr aus Dortmund konnte Katzer mitteilen, dass er alle von den Sowjets geforderten Aufträge unterbringen konnte. Der SAG-Betrieb arbeitet ausschliesslich für die sowjetische Rüstung.

Zurückgewiesene Verleumdungen

Der "Tages-Anzeiger" in Regensburg vom 3. Januar lässt sich über die Hintergründe des Grotwohl-Briefes von einem Sonderberichterstatter r.e. aus Berlin unter anderem melden:

1. dass zwischen SPD-Führern und einzelnen SED-Leuten "enge Fäden hin und her laufen", die einer Annäherung dienen sollen,
2. dass durch diese angeblichen Beziehungen einer "sozialistischen Einheitsdemokratie" der Weg bereitet werden könne,
3. dass die heute in den Kz der Ostzone sitzenden SPD-Politiker dadurch politisch und persönlich Erleichterungen bekommen können.

Zu dieser Gerüchteverbreiteri des r.e.-Sonderberichterstatters stellt der Vorstand der SPD in Hannover fest, dass alle diese Kombinationen von Anfang bis Ende aus der Luft gegriffen sind und offenbar dem Zweck dienen, Verleumdungen gegen die Politik der SPD zu verbreiten.

Es bestehen keine "engen Fäden" zwischen SED-Leuten und sozialdemokratischen Politikern. Die Sozialdemokraten halten es für ausgeschlossen, mit Hilfe der SED zu demokratischen Zuständen zu kommen. Das Wort von der "sozialistischen Einheitsdemokratie" existiert nur im Bereich bürgerlicher Gegner der SPD und schliesslich hat die Sozialdemokratie nie den Versuch gemacht, durch Kontakt mit den verbrecherischen Ostzonenmachthabern politische oder persönliche Erleichterungen für die in der Ostzone gefangen gehaltenen Sozialdemokraten zu erlangen.

Die SPD hat schon zu einer Zeit - 1945 - den entschiedenen Kampf gegen die Sowjetzonenmachthaber und ihre Hintermänner aufgenommen, als die bürgerlichen deutschen Parteien und die westlichen Alliierten mit den gleichen Kommunisten noch glaubten, zusammenarbeiten zu können. An dieser Haltung der Sozialdemokratie, die einheitlich ist, hat sich seither nichts geändert und alle Handlungen der sowjetzonalen Machthaber sind nur eine Bestätigung für die Richtigkeit der von den Sozialdemokraten bereits 1945 aufgenommenen Politik.

Die Verbreitung von Gerüchten der oben wiedergegebenen Art mag vielleicht kurzsichtigen bürgerlichen Politikern Freude bereiten. Die einzigen Nutzniesser an dieser Art von Gerüchten sind die kommunistischen Machthaber. Die Sozialdemokraten machen ihr Urteil über Zeitungen und Politiker auch davon abhängig, ob und in welcher Weise diese Zeitungen und Politiker freiwillig oder unfreiwillig der kommunistischen Propaganda Vorschub leisten.